Ein Kommentar von ***Michael Reimann***

Im Mai 1945 ging Hitler-Deutschland im Donner alliierter Kanonaden unter. Damit war das Ende des gro?ßten Vernichtungskrieges in Europa besiegelt. ... Das Potsdamer Abkommen war auf eine friedliche Nachkriegspolitik in Europa und Deutschland gerichtet. ++ Die Spaltung Deutschlands in zwei Staaten war Teil des beginnenden Kalten Krieges ++ Verfassung der DDR verankerte die historischen Errungenschaften der antifaschistischen demokratischen Umwa?lzung ++ Historische Chance eines neuen Verfassungsauftrags wurde vertan ++ Bis heute sind die im Grundgesetz als Staatsgebot allgemein formulierten Menschenrechte nicht fu?r alle Mitglieder der Gesellschaft als "Recht auf Arbeit" und "Recht auf soziale Sicherheit" auch rechtsverbindlich verankert.

Im Mai 1945 ging Hitler-Deutschland im Donner alliierter Kanonaden unter. Damit war das Ende des gro?ßten Vernichtungskrieges in Europa besiegelt. Seine grauenvolle Bilanz waren u?ber 50 Millionen Tote kamen, darunter allein 19 Millionen Zivilisten. 6 Millionen Menschen fielen dem Rassenwahn des Faschismus zum Opfer. Mit 24 Millionen Toten hatten die Vo?lker der Sowjetunion den ho?chsten Blutzoll für die Befreiung Europas zu tragen, 5,8 Millionen Polen wurden Opfer deutschen Eroberungs- und Rassenwahns.

In Tru?mmern liegende Städte, Not und Elend, unermessliches Leid hatten die faschistischen Aggressoren den Vo?lkern hinterlassen. Auch das Land von dem dieses Unheil ausging, war vollkommen zerstört und 9 Millionen Deutsche tot.

Die Vereinten Nationen, die gemeinsam gegen Faschismus und Militarismus auf der ganzen Welt gekämpft hatten, schaffte sich mit der Gru?ndung der Organisation der Vereinten Nationen und ihrer Charta am 26.06.1945 in San Francisco ein vo?lkerrechtliches Regelwerk, zur

Phoca PDF

künftigen Gestaltung friedlicher Beziehungen zwischen den Staaten und Völkern. Nie wieder sollte die Welt in solchem Unheil und Leid versinken wie in den Jahren zuvor.

Auf der Potsdamer Konferenz vom 17.Juli bis zum 02. August 1945 trafen sich die Siegerma?chte und vereinbarten die Grundsätze für die weitere Verwaltung Deutschland als politische und wirtschaftliche Einheit und die Entnazifizierung des Landes. Die Hauptverantwortlichen für den gerade zu Ende gegangenen Krieg sollten bestraft und die wirtschaftlichen und politischen Grundlagen für ein neues, friedliches Deutschland gelegt werden. Damit sollte dem deutschen Volk die Gelegenheit gegeben werden, künftig wieder einen geachteten Platz unter den Völkern und Nationen einnehmen zu können. Die Alliierten stellten fest, "es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Mo?glichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wieder aufzubauen."

Das Potsdamer Abkommen war auf eine friedliche Nachkriegspolitik in Europa und Deutschland gerichtet.

Die Besatzungsma?chte begannen, anfangs noch in abgestimmter Vorgehensweise, in ihren Besatzungszonen neben ihrer Milita?rverwaltung eine deutsche Zivilverwaltung aufzubauen und die politischen Verha?ltnisse neu zu ordnen. Dazu gehörte die Ernennung von Bu?rgermeistern und Landra?ten In den ersten Ländern wurden, wie zum Beispiel in Hessen im Oktober 1945 Landesregierungen vereidigt. Die hessische Verfassung, die durch einen Volksentscheid bestätigt wurde, bei dem sich 76,4 % der Wähler fu?r die Verankerung der bürgerlichen Grundrechte in der Landesverfassung aussprachen, stellt noch heute mit ihrem Grundwertekatalog ein Vorbild fu?r die verfassungsgebenden Prozesse in Deutschland dar.

Verfassungsbildung in Hessen wurden als Vorbild fu?r das Grundgesetz

Das Land und die Art und Weise der Verfassungsbildung in Hessen wurden zum Vorbild fu?r das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland.

Unter dem Artikel 41 der Hessischen Verfassung, der als Sozialisierungsartikel bekannt wurde, ist die Sozialisierung der Wirtschaftszweige Bergbau, Eisen, Stahl- und Verkehr geregelt. Zentrales Thema der Verfassung war die Wu?rde des Menschen, auch in der O?konomie. Der 8- Stundentag, ein 12 ta?giger Urlaub, das Streikrecht, sowie ein einheitliches Arbeitsrecht fu?r die Arbeiter, Angestellten und Beamten waren festgeschrieben.

Die hessische Verfassung spiegelt bis heute in weiten Teilen die wirtschaftliche und politische Umbruchsituation der Nachkriegszeit wieder.

Sie brach konsequent mit dem Nationalsozialismus und seinen Strukturen. Die sozialen Komponenten dieser Verfassung gingen viel weiter als in den spa?ter verabschiedeten Landesverfassungen anderer deutscher La?nder.

Mit der Ende 1947 entstandenen Bewegung des Deutschen Volkskongresses mit dem Ziel, einen einheitlich demokratischen deutschen Staat auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens zu schaffen, wurde eine gesamtdeutsche Bewegung auf den Weg gebracht.

Phoca PDF

Spaltung Deutschlands

In der Londoner Empfehlung vom Juli 1948 ku?ndigten die Westma?chte bereits die Bildung eines separaten westdeutschen Staates an. Im gleichen Monat wurde ohne Ru?cksicht auf die alliierten Vereinbarungen von Potsdam in den westlichen Besatzungszonen eine separate Wa?hrungsreform durchgefu?hrt. Dies fu?hrte zur Spaltung Deutschlands in zwei Wa?hrungs- und Wirtschaftsgebiete.

> *"Es wird jedoch der Tag kommen, da die Kommunisten dieses Grundgesetz gegen die verteidigen werden, die es angenommen haben."*
> Max Reimann, Vorsitzender der KPD am 8. Mai 1949

Im September 1948 trafen sich in Bonn Delegierte der La?nderparlamente, um einen parlamentarischen Rat zu konstituieren.

Dieser beschloss 1949 das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Ein demokratischer Willensbildungsprozess wie in Hessen fand nicht statt. Der 1. Kanzler der Bundesrepublik Deutschland fasste damals zusammen: Lieber das halbe Deutschland ganz, als das ganze Deutschland halb.

Die Spaltung Deutschlands in zwei Staaten war Teil des beginnenden Kalten Krieges.

Nur die demokratische Linke hielt am Ziel eines einigen, demokratischen Deutschlands bzw. seiner Wiedervereinigung fest. Ihr Ziel war es, den Bestand und die Perspektive eines wiedervereinigten Deutschlands als wesentlichen Faktor fu?r den Frieden in Europa und in der Welt zu ermo?glichen.

Bei der Schlussabstimmung u?ber das Grundgesetz der BRD im Parlamentarischen Rat am 08.05.1949 erkla?rte die KPD: "Sie...haben diesem Grundgesetz, mit dem die Spaltung Deutschlands festgelegt ist, zugestimmt. Es wird jedoch der Tag kommen, da die Kommunisten dieses Grundgesetz gegen die verteidigen werden, die es angenommen haben." Bis zur Auflo?sung der KPD 1971 in Westdeutschland blieb die Wiedervereinigung das erkla?rte Ziel dieser Partei.

Verfassung der DDR verankerte die historischen Errungenschaften der antifaschistischen demokratischen Umwa?lzung

Am 07.10.1949 trat in der sowjetischen Besetzungszone in Berlin der Deutsche Volksrat zu seiner 9. Tagung zusammen. Die 330 Abgeordneten des konstituierenden Volksrates setzten die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik in Kraft. Vorangegangen war eine monatelange Diskussion mit großen Teilen der Bevo?lkerung. Nach der Spaltung Deutschlands durch die Bildung der Bundesrepublik Deutschland folgte damit die Gru?ndung der Deutschen Demokratischen Republik.

Die Verfassung der DDR verankerte die historischen Errungenschaften der antifaschistischen demokratischen Umwa?lzung in diesem Teil Deutschlands. Die Spaltung Deutschlands und

Phoca PDF

damit einhergehenden unterschiedlichen Entwicklungen der verfassungsetzenden Prozesse in beiden deutschen Staaten fu?hrten zu zwei souvera?nen und in der Vo?lkerfamilie anerkannten Staaten. Am 18. September 1973 wurden beide deutsche Staaten von den Vereinten Nationen in ihre Organisation aufgenommen.

Historische Chance eines neuen Verfassungsauftrags wurde vertan

Am 03. Oktober 1990 endete die deutsche Zweistaatlichkeit durch den Beitritt der ostdeutschen La?nder zur Bundesrepublik Deutschland. Eine souvera?ne Volksentscheidung fand wiederum nicht statt. Ein ho?chst umstrittenes Vertragswerk zu diesem Beitritt, mit schwerwiegenden Konstruktionsfehlern, wirkt bis heute in Ost- und Westdeutschland nach.

Durch die "Zwei Plus Vier – Verhandlungen" nahmen die Siegermächte im 2. Weltkrieg und Teilnehmer am Potsdamer Abkommen mit ihren nationalen Interessen Einfluss auf das wiederentstandene Gesamtdeutschland.

Die Folgen waren fu?r viele Menschen in beiden Staaten mit Arbeitslosigkeit, Abwanderung und der Vernichtung von Volksvermo?gen verbunden.

Verfassungsma?ßig gesicherte Grundrechte, wie die Gleichstellung der Menschen wurden durch die Trennung von Ost und West vor allem auch bei der Entwicklung der Lo?hne und Renten untergraben. Ein Missstand, der bis heute anhält.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ist trotz seiner sta?ndigen Vera?nderungen in den vergangenen 30 Jahren eine tragfa?hige Rechtsgrundlage, die zu verteidigen lohnt. Dies gilt insbesondere dann, wenn immer wieder versucht wird, die im Grundgesetz festgeschriebenen Bürgerrechte zu relativieren und in der politischen Praxis grob zu missachten.

Mit der Vereinigung beider deutschen Staaten gab es seinerzeit einen neuen Verfassungsauftrag. Diese historische Chance wurde erneut vertan. Eine künftige Verfassung fu?r die Bundesrepublik Deutschland muss auf den Traditionen und Erfahrungen beider deutscher Staaten gründen, die im Oktober zur neuen Bundesrepublik wurden.

Das Volk soll, so wie in Hessen 1946, die Mo?glichkeit haben, souvera?n u?ber seine Verfassung zu entscheiden.

So ein politischer Grundakt böte auch die Möglichkeit, gemäß Kapitel VIII, Artikel 30 Abs. 1 des Einigungsvertrags zu handeln. Hier heißt es: "Es ist Aufgabe des gesamtdeutschen Gesetzgebers, das Arbeitsvertragsrecht .... einheitlich neu zu konzipieren."

Dies ist bis heute nicht geschehen. Dabei gehört das Recht jedes Menschen, sich durch eigene Arbeit seinen Lebensunterhalt und den seiner Familie zu verdienen, zu den grundlegenden Menschenrechten. Dies sah auch der Verfassungsentwurf des Runden Tisches vom 04.04.1990 vor, der Fragen des Arbeitsrechts in Abschnitt 2, Artikel 26-33 regelte und den Entwurf zur Volksabstimmung vorschlug.

Bezu?glich des Grundgesetzes heißt das, die im Grundgesetz als Staatsgebot allgemein formulierten Menschenrechte mu?ssen fu?r alle Mitglieder der Gesellschaft als "Recht auf

Phoca PDF

Arbeit" und "Recht auf soziale Sicherheit" auch rechtsverbindlich verankert werden.

Michael Reimann

Phoca PDF